



## Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Arnsberg

Verena Verspohl und Julia Vollmer-Lentmann für die Fraktion

Bürgermeister  
Ralf Paul Bittner  
Rathausplatz 1  
59759 Arnsberg

28.10.2025

### **Antrag: Stopp der Einführung der Bezahlkarte in Arnsberg – Entscheidung für eine Opt-out-Regelung**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, die Einführung der Bezahlkarte in Arnsberg zu stoppen und stattdessen die Entscheidung für eine Opt-Out-Regelung abzulehnen zu treffen.

Nachfolgend unser Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Arnsberg beschließt,

1. die geplante Einführung der sogenannten Bezahlkarte für Leistungsbeziehende in Arnsberg zu stoppen;
2. stattdessen von der im Landesrahmen vorgesehenen Opt-out-Regelung Gebrauch zu machen und damit auf eine Umsetzung der Bezahlkarte in Arnsberg zu verzichten;
3. die Verwaltung zu beauftragen, die Entscheidung dem zuständigen Ministerium mitzuteilen und die laufenden Vorbereitungen zur Einführung umgehend auszusetzen.

### **Begründung:**

Die Einführung der sogenannten Bezahlkarte ist in Arnsberg bislang nicht vollzogen. Damit besteht weiterhin die Möglichkeit, aktiv von der Opt-out-Regelung Gebrauch zu machen. Das Ministerium hat gegenüber Kommunen ausdrücklich bestätigt, dass ein solcher Schritt noch möglich ist.

Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wäre die Einführung der Bezahlkarte ein Rückschritt in Fragen sozialer Teilhabe und gesellschaftlicher Integration. In den



## Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Arnstberg

Verena Verspohl und Julia Vollmer-Lentmann für die Fraktion

vergangenen Wochen hat sich die öffentliche und politische Diskussion um das Thema Stigmatisierung von Leistungsbeziehenden weiter verschärft. Immer deutlicher wird: Die Karte trägt das Risiko, Menschen in prekären Lebenslagen sichtbar auszugrenzen – und genau das muss eine sozial gerechte Kommune wie Arnstberg vermeiden.

Arnstberg steht für Zusammenhalt, Vielfalt und Würde jedes einzelnen Menschen. Eine verpflichtende Zahlkarte läuft diesem Selbstverständnis zuwider. Sie sendet das falsche Signal.

Hinzu kommt, dass die Kosten für die Einführung und den laufenden Betrieb der Bezahlkarte für die Stadt Arnstberg unverhältnismäßig hoch sind – insbesondere angesichts der angespannten kommunalen Haushaltslage. Diese Mittel werden an anderer Stelle dringend benötigt, etwa für Bildung, soziale Teilhabe und Integrationsarbeit.

Wir wollen eine Stadt, in der Teilhabe erleichtert und nicht erschwert wird. Die Zahlkarte ist hierfür das falsche Instrument. Mit diesem Antrag setzen wir ein klares Zeichen für Menschlichkeit, Selbstbestimmung und soziale Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Verena Verspohl  
Fraktionssprecherin

Julia Vollmer-Lentmann  
Fraktionssprecherin